



„Alle, die Sie hier aus dem Verkehr ziehen, können meine Kinder schon einmal nicht mehr umfahren!“

Ein Bericht unseres DPolG-Kollegen Jürgen Scharfenberg

Gemeinsame Drogenkontrollen von Zoll und Polizei Bremerhaven am 22. Juli anlässlich des Deichbrand-Festivals auf der A27, Parkplatz Debstedt.

Was bei allen großen Musik-Festivals in der Bundesrepublik schon lange üblich ist, fand in diesem Jahr auch beim Deichbrand-Festival in Wanhöden statt: Gemeinsame Drogenkontrollen von OPB und Zoll und auch die Kollegen aus Debstedt hatten zwei Beobachter entsandt. Insgesamt zehn Beamte der OPB und 18 Zollbeamte kontrollierten insgesamt circa 300 Kfz. Durch die Straßenmeisterei Debstedt wurde der Verkehr auf der Autobahn verlangsamt und die zu kontrollierenden Fahrzeuge auf den Park-

platz Bütteler Holz gelenkt, wo Zoll und Polizei Bremerhaven gemeinsam kontrollierten. Für die Polizei sah das Ergebnis schon recht erfolgreich aus: vier Kfz-Führer wurden aus dem Verkehr gezogen, weil sie unter Betäubungsmittel-Einfluss standen. Dazu gab es noch vier Funde von Marihuana und diverse andere Verkehrsordnungswidrigkeiten wurden geahndet und auch der Zoll hatte seine „Treffer“.

Da die meisten der kontrollierten Kfz-Führer Besucher des Konzerts waren und somit sol-



che Kontrollen gewohnt waren, war die Stimmung bei den Kontrollierten auch recht entspannt und auch die Kfz-Führer, die sich einer Blutentnahme unterziehen mussten, waren allesamt nett und freund-

lich. So wie dieser Engländer, der sich – und uns – seine auferlegte Wartezeit mit ein wenig Musik verkürzte.

Auch wenn ein Radiosender „Horrorstaumeldungen“ verbreitete, hielten sich die Verkehrsbeeinträchtigungen mit zwei Kilometern in einem erträglichem Rahmen.

Insgesamt hatten die Autofahrer durchaus Verständnis für die Aktion. Eine junge Frau brachte es auf den Punkt: „Alle, die Sie hier aus dem Verkehr ziehen, können meine Kinder schon einmal nicht mehr umfahren.“

Damit ist eigentlich alles gesagt.

Jürgen Scharfenberg

Keine Gewalt gegen Polizisten

Jedes Mal, wenn das Thema „Gewalt gegen Polizisten“ in den Fokus der Öffentlichkeit rückt, sind sie wieder da und bekennen sich zu ihrer Polizei: die Volksvertreter, kurz Politiker genannt. So auch wieder nach dem beeindruckenden Auftritt des Polizeipräsidenten Holger Münch am 6. September, als er erklärte, dass Gewalt gegen Polizisten inzwischen Event-Charakter bekommen habe.

„Neu ist, dass normale Bürger anfangen, zu applaudieren, wenn Beamte angegriffen werden,“ stellte Münch dabei fest, und betonte, dass sich hinter den Einsatzhelmen niemand verstecke, sondern Menschen ihre Gesundheit schützten.



So recht scheint die Botschaft nicht anzukommen; zu neu ist, dass die Polizei offen darüber spricht, dass es Probleme mit den gesellschaftlichen Veränderungen gibt. Manch kritischer Bürger wittert gar, der Polizeipräsident habe die jungen Beamten, die ihre Erlebnisse schilderten, vorgeschickt und benutzt. Schade, dass der Anstoß zu einer offenen Aus-

einandersetzung mit dem Thema „Gewalt gegen Polizisten“ nicht einfach angenommen wird.

Es gibt jedoch nicht nur Sorge machende Entwicklungen in der Gesellschaft. Als Gegenpol und wohltuendes Engagement muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass sich Bürger für die Polizei engagieren. Nicht nur still und leise, sondern aktiv und öffentlich. So wie zum Beispiel der Verein „Keine Gewalt gegen Polizisten“, der mit einer Website an die Öffentlichkeit geht. Unter der URL <http://kggp.de/> findet der interessierte Internetnutzer die Präsenz des Vereins, der sich zum Ziel gesetzt hat, über das Ausmaß der Gewalt gegen Polizeibeamte aufzuklären. Darüber hinaus gibt „Keine Gewalt gegen Polizisten“ vor allem

seelische Unterstützung an Polizeibeamte.

Beeindruckend ist der Blog „Galerie der Gewalt“, mit dem möglichst alle gewalttätigen Übergriffe auf Polizisten dokumentiert werden. Zusätzlich bietet die Website Informationen aus zahlreichen Bereichen: Gewerkschaften sind ebenso repräsentiert, wie es ein „Kino“ gibt, in dem Beiträge zu polizeilichen Einsätzen gezeigt werden.

Die Website will informieren, zum Nachdenken anregen und den Menschen hinter dem Visier und dem Schlagschutz zeigen. Ein Anliegen, das berechtigt ist und Respekt verdient – umso mehr, weil es aus privatem Engagement hervorgegangen ist.

Jörn Schulze